Lysander Buntfuß, Lea Hildermeier, Daniel Mendes Jenner, Felix Preu, Pauline Reinecke und Tarek Skouti

Das Common Grounds Forum (CGF)

Eine Case Study zur Partizipation junger Menschen in der Digitalpolitik

1. Einleitung

In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Herausforderungen, ausgelöst insbesondere durch den Klimawandel, geopolitische Konflikte sowie soziale Ungleichheit und Ausgrenzung gewinnt *demokratische Partizipation* an Bedeutung. Diese ermöglicht es den Menschen, aktiv zur Entwicklung von Lösungen und Entscheidungen beizutragen, die das Gemeinwohl fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Angesichts der genannten Herausforderungen blicken Menschen, insbesondere jüngere Generationen, zunehmend pessimistisch in die Zukunft und verlieren das Vertrauen in politische Prozesse (vgl. Schnetzer et al. 2024). Für eine Demokratie ist es entscheidend, auch ihre Perspektiven einzuholen und sie aktiv an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu beteiligen.

Partizipationsformate können hier eine entscheidende Brücke schlagen, indem sie Bürger*innen als Expert*innen in eigener Sache einbeziehen (vgl. Glaab 2013; 2016; Habermas 1992; Martinsen 2006). Sie schaffen Räume, in denen Erfahrungen, Wissen und Ideen von Betroffenen in politische Prozesse einfließen (vgl. Falk et al. 2006; Glaab/Metz 2006). Gerade für junge Menschen bietet dies eine Möglichkeit, aktiv Einfluss zu nehmen und demokratische Prozesse als gestaltbar zu erleben.

In diesem Beitrag untersuchen wir die Beteiligungsmöglichkeiten und Partizipationspotentiale junger Menschen in der Digitalpolitik und zeigen anhand der Fallstudie des *Common Grounds Forum (CGF),* wie junge Menschen im Alter von 14 bis 35 Jahren ihre Stimme einbringen, Forderungen formulieren und politische Prozesse mitgestalten. Das CGF ist ein Projekt der Gesellschaft für Informatik (GI), gefördert zunächst durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und im Folgejahr zusätzlich vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), der Vodafone Stiftung und der Stiftung Mercator, mit dem Ziel, junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren zu befähigen, ihre bildungspolitischen Forderungen zu formulieren und auf der Bühne des Digital-Gipfels der Bundesregierung sowie in verschiedenen Plattformsitzungen des BMBF vorzutragen. Das CGF wird als beispielhaftes Format vorgestellt, das eine direkte Schnittstelle zwischen jungen Menschen und Politik schafft.

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2. Der Aufbau eines Partizipationsformates

2.1 Die Phasen eines wirkungsvollen Prozesses

Unser Verständnis von Partizipation orientiert sich am Leitbild des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): die aktive Mitwirkung aller betroffenen Akteur*innen an Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen. Sie umfasst Teilhabe, Einbeziehung und Eigenverantwortung und stärkt die Fähigkeit zur Artikulation und Durchsetzung eigener Interessen (vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2025). Ein wirkungsvoller Partizipationsprozess verläuft in mehreren Phasen (vgl. Glaab 2016): Er beginnt mit der *Initiierung*, in der ein konkretes Problem identifiziert und eine klare Zielsetzung formuliert wird; etwa die Stärkung der Partizipation junger Menschen in der Digitalpolitik. Darauf folgt die *Ausgestaltung* des Formats sowie die *Auswahl der Teilnehmenden*. Dieser Schritt ist entscheidend, da er bestimmt, ob die Partizipation breit und repräsentativ angelegt oder auf bestimmte Gruppen beschränkt bleibt.

Während der *Durchführung* stehen moderierte Diskussionen im Mittelpunkt. Ziel ist es, unterschiedliche Perspektiven zusammenzuführen, Wissenslücken zu schließen und gemeinsame Positionen zu erarbeiten. Eine professionelle Moderation sowie zu Beginn festgelegte Kommunikationsregeln tragen dazu bei, die Debatte konstruktiv zu gestalten und Machtasymmetrien zwischen den Beteiligten abzubauen (vgl. Nanz/Pritsche 2012). Die *Ergebnisse* des Prozesses werden in einem Abschlussdokument festgehalten, das Forderungen oder Empfehlungen für politische Akteur*innen bündelt (vgl. Martinsen 2006).

Die Wirksamkeit eines solchen Formats hängt maßgeblich von der letzten Phase ab: der *Verbreitung der Ergebnisse* und der daraus resultierenden *Wirkung*. Nicht alle Partizipationsformate verfügen über eine institutionelle Anbindung, die es ermöglicht, ihre Forderungen in politische Entscheidungen einfließen zu lassen. Zudem mangelt es oft an systematischen Evaluationsmethoden, um nachzuvollziehen, inwieweit Partizipationsergebnisse tatsächlich Einfluss auf politische Prozesse haben (vgl. Busse/Schneider 2015; Range/Faas 2016). Erst wenn die erarbeiteten Ergebnisse in politische Entscheidungsprozesse einfließen, kann das übergeordnete Ziel erreicht werden: das Vertrauen in die Demokratie zu stärken (vgl. Hummel/Pfirter 2023).

Das CGF bietet ein Fallbeispiel für den gesamten Prozess – von der Identifikation relevanter Themen bis hin zur Platzierung der erarbeiteten Positionen auf politischen Plattformen. Aus unserer Erfahrung zeigt sich, dass Partizipationsformate wirkungsvoll sind, wenn sie nicht nur qualitativ hochwertige Diskussionen ermöglichen, sondern auch eine politische Anbindung schaffen, die junge Stimmen in Entscheidungsprozesse einbindet.

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2.2 Partizipation und Einfluss: Wer spricht, wer entscheidet?

Partizipationsprozesse versprechen idealerweise, dass alle Stimmen gleichwertig gehört werden und Argumente unabhängig von sozialem Status oder Machtposition überzeugen (vgl. Habermas 1992). In der Praxis jedoch beeinflussen soziale Unterschiede und ungleiche Ressourcenverteilung den Verlauf und die Ergebnisse erheblich (vgl. Reichertz 2021; 2024). Wer Zugang zu Informationen hat, rhetorisch versiert ist und/oder über ein starkes Netzwerk verfügt, kann seine Position oft leichter durchsetzen.

Diese Ungleichheiten zeigen sich bereits in der Gestaltung von Partizipationsformaten: Wer bestimmt die Themen? Wer entscheidet über die Zusammensetzung der Teilnehmenden? Und wer legt fest, wie die Ergebnisse genutzt werden? Neben diesen formellen Strukturen spielen auch informelle Machtverhältnisse eine Rolle. Personen mit Erfahrung in politischen Prozessen oder institutionellen Verbindungen verschaffen sich häufig leichter Gehör als weniger erfahrene Beteiligte.

Im CGF wird Chancengleichheit durch gezielte Begleitung, den Austausch mit Expert*innen und Schulungen zur politischen Kommunikation gestärkt (siehe unten Abschnitt 3.2). Eine diverse Zusammensetzung wird gefördert, indem das Auswahlverfahren offen gestaltet und Repräsentation sichergestellt wird. Dennoch bleibt die zentrale Frage: Wie lassen sich Machtasymmetrien langfristig abbauen? Ein einzelnes Format kann strukturelle Ungleichheiten in politischen Prozessen nicht vollständig aufheben. Entscheidend ist eine kontinuierliche Reflexion darüber, welche Gruppen sich wie einbringen können und welche Barrieren fortbestehen. Das CGF biete ein Fallbeispiel, das zeigt, wie Partizipation inklusiver gestaltet werden kann und wo weiterhin Herausforderungen bestehen.

2.3 Partizipation koordinieren: Räumliche und zeitliche Strukturen des Common Grounds Forum

Die *räumliche und zeitliche Gestaltung* von Partizipationsformaten beeinflusst maßgeblich deren Zugänglichkeit, Dynamik und Wirksamkeit (vgl. Tillmann et al. 2019). Präsenzformate ermöglichen persönliche Interaktion, spontane Diskussionen und nonverbale Kommunikation, sind aber mit Reiseaufwand, Kosten und begrenzten *räumlichen Kapazitäten* verbunden. Online-Formate bieten ortsunabhängige Partizipation und senken Zugangshürden, insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder knappen Zeitressourcen. Gleichzeitig bringen sie technische Barrieren, eine schwächere soziale Bindung und die Gefahr der Dominanz einzelner Teilnehmender durch digitale Vorerfahrung oder asynchrone Kommunikationsdynamiken mit sich. Das CGF kombiniert digitale und analoge Formate, um sowohl breite Partizipation als auch tiefere inhaltliche Auseinandersetzungen zu ermöglichen. Online-Workshops erleichtern den Zugang, während Präsenzveranstaltungen den Aufbau nachhaltiger Netzwerke fördern. Anfangs stehen digitale Formate im Fokus, später gewinnen Präsenztreffen an Bedeutung, um gemeinsame Positionen zu vertiefen.

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Auch die *zeitliche Struktur* ist entscheidend. Während kurze, intensive Formate Dynamik erzeugen, können sie überfordern und zur Exklusion führen, wenn der zeitliche Aufwand nicht mit anderen Verpflichtungen vereinbar ist. Langfristige Prozesse bieten mehr Raum für Reflexion, bergen aber das Risiko nachlassender Motivation. Das CGF setzt auf ein kompaktes, aber intensives Modell: Innerhalb weniger Wochen werden Forderungen entwickelt, um schnelle Ergebnisse zu erzielen, ohne den Prozess unnötig zu verlängern. Diese hohe Taktung erfordert jedoch Verbindlichkeit und zeitliche Flexibilität der Beteiligten.

Die Gestaltung von Partizipationsprozessen erfordert daher eine bewusste Balance zwischen Format, Dauer und Verbindlichkeit. Das Beispiel CGF zeigt, dass flexible Strukturen nötig sind, um unterschiedliche Bedürfnisse zu berücksichtigen und nachhaltiges Engagement zu fördern.

2.4 Ziel des Beitrags

Bereits getätigte Forschung zur politischen Partizipation zeigt, dass Partizipationsformate entscheidend für demokratische Legitimation und gesellschaftliche Integration sind (vgl. Glaab 2013; 2016; Habermas 1992; Martinsen 2006). Studien belegen, dass politische Prozesse stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet sind, wenn Bürger*innen aktiv in Entscheidungsfindungen eingebunden werden (vgl. Bertelsmann Stiftung/Allianz Vielfältige Demokratie 2017; Michels 2011). Besonders in Krisenzeiten kommt es darauf an, Formate zu schaffen, die über bloße Meinungsäußerung hinausgehen und echte Einflussmöglichkeiten bieten. Zentral bleibt die Frage, wie Partizipation mehr sein kann als ein symbolischer Akt und tatsächlich gesellschaftliche Veränderungen bewirkt.

Eine besondere Chance liegt in der Partizipation junger Menschen, die als politisch interessiert gelten, jedoch weniger über Parteien oder Wahlen Einfluss nehmen, sondern sich verstärkt in zivilgesellschaftlichen Initiativen, sozialen Bewegungen und digitalen Räumen engagieren (vgl. European Parliamentary Research Service 2023). Dies eröffnet neue Möglichkeiten für politische Innovationen, stellt aber traditionelle Strukturen vor Herausforderungen, da sie oft nicht auf offene und flexible Mitgestaltung ausgelegt sind.

Anhand des CGF untersucht dieser Beitrag, wie innovative Partizipationsformate junge Menschen in einer digitalen Gesellschaft in politische Prozesse einbinden können. Die Fallstudie zeigt, welche Faktoren eine erfolgreiche Partizipation begünstigen, welche Herausforderungen bestehen und wie nachhaltige Strukturen zur Stärkung demokratischer Prozesse geschaffen werden können. Darüber hinaus werden die Erkenntnisse in den größeren theoretischen Kontext der Partizipationsforschung eingeordnet, um Empfehlungen für eine langfristige Verankerung partizipativer Strukturen abzuleiten. Ziel ist es, das Verständnis für die Bedeutung der Partizipation junger Menschen zu vertiefen und Wege zur Stärkung demokratischer Mitgestaltung aufzuzeigen.

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3. Fallstudie: Das Common Ground Forum im Kontext der Digitalpolitik

3.1 Einführung in das Format des Common Ground Forums

Das CGF wurde als mehrstufiger Partizipationsprozess entwickelt, um jungen Menschen eine aktive Rolle in der Digitalpolitik zu ermöglichen. 2023 fand die erste Durchführung statt, gefolgt von einer Weiterentwicklung im Jahr 2024. Das Format kombinierte offene Themenvorschläge, gezielte Qualifizierung durch den Austausch mit Fachexpert*innen und die gemeinsame Erarbeitung von Positionen. Gewählte Vertreter*innen präsentierten diese Positionen auf dem Digitalgipfel und wurden durch Schulungen in rhetorischen und argumentativen Fähigkeiten unterstützt. Damit ging das CGF über klassische Partizipationsformate hinaus, indem es niedrigschwellige Beteiligung mit politischer Wirkung verband. Die Fallstudie wird nachfolgend entlang der Phasen des Prozesses gegliedert (siehe Kapitel 2.1): Initiierung, Durchführung, Ergebnisse und Wirkung.

3.2 Initiierung des Common Ground Forum

Das CGF wurde konzipiert, um die fehlende systematische Partizipation junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen in der Digitalpolitik zu adressieren. Besonders auf dem jährlich stattfindenden Digitalgipfel der Bundesregierung wurde ihre geringe Repräsentation deutlich. Um dem entgegenzuwirken, entstand eine Initiative mit dem Ziel, die Partizipation junger Menschen dauerhaft in politische Strukturen einzubinden.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie die Sektion ›Bildung in der digitalen Transformation‹ der BMBF Digital-Gipfel Plattform[1] ›Lernende Systeme, Digitale Kompetenzen‹ erkannten die Notwendigkeit, junge Stimmen stärker einzubinden und initiierten ein entsprechendes Projekt. Nach einer Ausschreibung erhielt die Gesellschaft für Informatik e. V. (GI) den Zuschlag – gestützt auf ihre Erfahrung mit Partizipationsformaten wie dem Youth Summit im Vorfeld des *Internet Governance Forum* 2019. Ziel war die Entwicklung eines strukturierten, aber flexiblen Formats, das über einmalige Partizipation hinaus eine langfristige Wirkung entfaltet. Hieraus entstand das Projekt Common Ground Forum mit expliziter Thematik der Digitalpolitik.

1 Die acht Plattformen des Digital-Gipfels der Bundesregierung bündeln Expert*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, die unterjährig Projekte, Veranstaltungen und Initiativen zur Förderung der Digitalisierung erarbeiten. Sie bereiten zentrale Themen und Exponate für den Gipfel vor, der als Dialogforum dient und den Austausch mit der Bundesregierung ermöglicht (vgl. BMWK 2025).

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3.3 Durchführung des CGF

3.3.1 Die Jahrgänge 2023 und 2024

Die Durchführung des CGF lässt sich in vier Etappen einteilen: das Pilotprojekt CGF 1.0 im Jahr 2023, die Übergangsphase von CGF 1.0 zu 2.0 mit dem Fokus auf Engagement, Vernetzung und Zukunft, die Weiterentwicklung mit neuen Schwerpunkten im CGF 2024 sowie schließlich die Entwicklung des CGF zur selbstverwalteten politischen Initiative.

3.3.2 CGF 1.0: Das Pilotprojekt 2023

Im Jahr 2023 wurde das CGF erstmals als Pilotprojekt umgesetzt. Nach einer offenen Bewerbungsphase mit rund 160 Interessierten wurden 83 junge Menschen als Teilnehmende ausgewählt. Die Gruppe war heterogen zusammengesetzt – sowohl in Bezug auf Alter, Bildungshintergründe und regionale Verteilung als auch hinsichtlich ihrer bisherigen politischen Erfahrungen. Das durchschnittliche Alter der Teilnehmenden lag bei 28 Jahren.

Im Vorfeld legte die GI drei übergeordnete Themenfelder, intern als ›Tracks‹ bezeichnet, als thematische Leitplanken fest: ökologische Nachhaltigkeit, soziale Nachhaltigkeit und Bildung in der digitalen Welt. Innerhalb dieser Themenfelder konnten die Teilnehmenden eigene Schwerpunkte setzen. Da die Oberthemen bereits in der Ausschreibung bekannt waren, konnten sich Interessierte gezielt für einen oder mehrere dieser Tracks bewerben.

Der Prozess umfasste vier Workshops je Track, die zwischen dem 20. September und dem 14. Oktober 2023 stattfanden. Beim ersten digitalen Treffen identifizierten die Teilnehmenden zentrale Themen. Im zweiten und dritten Workshop diskutierten sie diese Themen vertiefend und erhielten Beratung und weiterführende Informationen durch Themenexpert*innen, bevor sie im vierten Workshop während eines Präsenztreffens in Berlin ihre Positionen fertigstellten, welche die Grundlage für die politische Kommunikation bildeten. Diese wurden anschließend in der Plattformsitzung des Bildungsministeriums am 18. Oktober sowie auf dem Digital-Gipfel der Bundesregierung am 20. und 21. November 2023 vorgestellt.

Das strategische Kernziel des CGF ist die direkte politische Partizipation. Die erarbeiteten Positionen wurden nicht nur intern diskutiert, sondern über den Digitalgipfel der Bundesregierung in die politische Debatte eingebracht. Dort hatte das CGF die Möglichkeit, die Forderungen in einer Podiumsdiskussion mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung zu erörtern und im Rahmen eines ›Zukunftsplädoyers‹ die zentralen Anliegen des Forums vorzustellen. Diese Auftritte machten die Perspektiven junger Menschen in einem hochrangigen politischen Umfeld sichtbar und ermöglichten den direkten Austausch mit Entscheidungsträger*innen.

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

3.3.3 Von CGF 1.0 zu 2.0: Engagement, Vernetzung und Zukunft

Nach dem ersten CGF war die Zukunft des Formats zunächst ungewiss, doch parallel dazu entwickelten sich zwei richtungsweisende Dynamiken: Viele Beteiligte blieben über digitale Kanäle und eigenständig organisierte Treffen in Kontakt, wodurch sich eine langfristige Community etablierte. Das CGF brachte sich zudem aktiv in politische und zivilgesellschaftliche Foren ein. Diese Vernetzung ermöglichte es, die CGF-Forderungen über den Gipfel hinaus voranzutreiben. Damit wurde ein zentrales Ziel des CGF erreicht: nicht nur eine einmalige Präsentation, sondern eine nachhaltige Plattform für die Partizipation junger Menschen in der Digitalpolitik.

Gleichzeitig setzte sich die GI für eine Fortführung des Formats ein. Aufgrund der positiven Evaluation und breiten Resonanz bei Netzwerkpartnern und in der medialen Öffentlichkeit des Digitalgipfels konnten Fördermittel für ein weiteres Jahr vom BMBF, dem BMWK, der Vodafone Stiftung und der Stiftung Mercator eingeworben werden.

3.3.4 CGF 2024: Weiterentwicklung mit neuen Schwerpunkten

Das CGF wurde 2024 auf Grundlage der Erfahrungen aus dem Vorjahr gezielt weiterentwickelt, um seine Wirkung und institutionelle Verankerung zu stärken. Eine wesentliche Veränderung betraf die Organisation: Der gesamte Prozess fand erstmals ausschließlich digital statt. Statt eines Präsenzauftakts wurde ein digitaler Check-in-Call durchgeführt, bei dem sich die Teilnehmenden mit dem Format vertraut machen konnten. Inhaltlich stand das Thema ›Future Skills for Active Citizens‹ im Mittelpunkt, um gezielt Kompetenzen für eine aktive gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Anders als im Vorjahr gab es nur einen Thementrack, zu welchem alle Teilnehmenden gemeinsam arbeiteten. Die Teilnehmenden wurden über Netzwerke der GI, der Mercator Stiftung und der Vodafone Stiftung gewonnen. Die Teilnehmenden des ersten CGF wurden ausdrücklich eingeladen, erneut teilzunehmen, um Kontinuität und Wissenstransfer zwischen den Jahrgängen zu gewährleisten. Bis zum Start hatten sich etwa 60 Teilnehmende angemeldet.

Die inhaltliche Arbeit fokussierte sich auf Kompetenzen, die junge Menschen benötigen, um aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben und ihre Zukunft mitzugestalten. Dabei wurden fünf zentrale Themenbereiche definiert: ›Digital Skills‹, ›Bildungs- und Zukunftsgerechtigkeit‹, ›Kanon der Zukunftskompetenzen‹, ›Demokratiebildung und strukturelle Diskriminierung‹ sowie das ›Bildungssystem‹.

Das CGF 2024 erstreckte sich über sechs Sessions vom 2. bis zum 16. September 2024, also über einen Zeitraum von zwei Wochen: Beim Kick-off lernten sich rund 40 Teilnehmende kennen, identifizierten zentrale Zukunftsthemen und wählten ›Themenscouts‹ für den Besuch im Bildungsministerium. Die erste Session diente dem Expertiseaufbau mit externen Referent*innen. Anschließend nahmen die gewählte Themenscouts an der Plattformsitzung ›Bildung in der digitalen Transformation‹ des BMBF teil, in der die ersten Zwischenergebnisse präsentiert

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und mit Expert*innen aus Politik und Wissenschaft diskutiert wurden. Das direkte Feedback aus dieser Sitzung floss in die weitere Ausarbeitung der Forderungen ein. In zwei weiteren Sessions arbeiteten sich die Gruppen vertieft in ihre Positionen ein und gaben sich gegenseitig Feedback, bevor sie die Positionen in der vierten Session finalisierten. Danach fand eine demokratische Abstimmung über alle finalen Positionen statt, in der einige keine Mehrheit erhielten und nicht weiterverfolgt wurden.

Die final abgestimmten Positionen wurden anschließend auf dem Digital-Gipfel der Bundesregierung am 21. und 22. Oktober 2024 in Frankfurt am Main vorgestellt. Die CGF-Mitglieder nutzten dabei verschiedene Formate, darunter einen Impulsvortrag mit anschließender Paneldiskussion sowie individuelle Gespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen. Besonderes Augenmerk lag darauf, die Positionen nicht nur in offiziellen Bühnenauftritten sichtbar zu machen, sondern gezielt auch in informellen Gesprächen zu platzieren.

3.3.5 Schritte und Herausforderungen auf dem Weg zur selbstverwalteten Initiative

Das CGF entwickelte sich schrittweise von einem extern gesteuerten Format zu einer zunehmend selbstverwalteten Initiative. Zu Beginn waren Struktur und Rahmenbedingungen überwiegend durch externe Akteur*innen wie die GI und die beteiligten Ministerien vorgegeben. Die Teilnehmenden konnten zwar Themen setzen und Forderungen formulieren, hatten jedoch keine direkte Entscheidungsgewalt hinsichtlich der Strukturen des Projekts. Im weiteren Verlauf nahmen Teilnehmende vermehrt eine aktivere Rolle ein: Sie präsentierten und verhandelten ihre Positionen direkt mit politischen Entscheidungsträger*innen, etwa auf dem Digitalgipfel und in Sektionssitzungen der Plattform des BMBF (2023 und 2024). Durch professionelles Coaching und gezielte Netzwerkzugänge, beispielsweise zum Get-Together der Plattform, erweiterten die Teilnehmenden zunehmend ihr politisches Verständnis und ihren Einfluss. Mit der zweiten Durchführung des CGF im Jahr 2024 übernahmen die Teilnehmenden erstmals stärker Verantwortung für inhaltliche Entscheidungen und legten ihre Schwerpunkte eigenständig fest. Externe Partner*innen blieben unterstützend aktiv, doch die Teilnehmenden gestalteten das Format zunehmend eigenständig.

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Entwicklung nachhaltiger interner Strukturen, um das CGF langfristig finanziell und personell unabhängig von Fördermitteln zu machen. Verschiedene Optionen, etwa die Gründung eines Vereins, wurden diskutiert, aber zunächst zurückgestellt. Vorerst blieb das CGF unter der organisatorischen Trägerschaft der Gesellschaft für Informatik, um weiterhin bestehende IT-Ressourcen wie die CGF-Website und Cloud nutzen zu können und eine zuverlässige Organisation trotz knapper Ressourcen sicherzustellen. Die Organisation des CGF basierte dabei zunehmend auf freiwilligem, dezentralem Engagement. Innerhalb der Community wurden klare Rollen definiert, demokra-

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tische Entscheidungsstrukturen geschaffen und transparent dokumentiert, sodass neue Mitglieder jederzeit einsteigen konnten. Zudem wurde ein strukturiertes Wissensmanagement, u. a. durch den Einsatz von Confluence als webbasiertem Kollaborationstool in Form eines internen Wikis eingeführt, um langfristig Erfahrung zu sichern und weiterzugeben. Zur anhaltenden politischen Verankerung wurde zudem gezielt auf bestehende Netzwerke der Teilnehmenden sowie der unterstützenden Organisationen zurückgegriffen und gleichzeitig neue Kooperationspartner*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gewonnen. Weitere Aspekte wie gegenseitige Wertschätzung, Freiwilligkeit und nachhaltiges Engagement standen im Vordergrund, ergänzt durch Überlegungen, ehrenamtliche Partizipation stärker zu unterstützen und anzuerkennen, etwa durch Zertifikate oder Weiterbildungsmöglichkeiten.

Nach dem Auslaufen der politischen Förderung und der Koordination durch die GI stand das CGF vor mehreren Herausforderungen. Ohne die bisherige Finanzierung fehlten Mittel für Reisen und Veranstaltungsformate, was die aktive Teilnahme an politischen Prozessen deutlich erschwerte, da die Ressourcen nun eigenständig organisiert werden mussten. Zudem fehlte eine zentrale Koordinierungsstruktur, um neue Teilnehmende systematisch zu gewinnen und einzubinden, was nun durch die Teilnehmenden selbst als Multiplikator*innen erfolgte.

Auch das strategische Wissen über politische Netzwerke, Formate und gezielte Platzierungsmöglichkeiten, das zuvor durch die GI vermittelt worden war, ging verloren und konnte nur partiell durch Eigeninitiativen und bestehende Netzwerke aufgefangen werden. Darüber hinaus wirkte sich das Fehlen professioneller Kommunikationsressourcen – etwa Redaktion und Design – negativ auf Sichtbarkeit und Außenwirkung aus. Zwar stand die GI bei Bedarf unterstützend zur Verfügung, fiel jedoch als dauerhaft koordinierender Akteur weg.

4. Ergebnisse: Ausgewählte Forderungen

4.1 Strukturen und Anliegen der Forderungen im CGF

Die im CGF erarbeiteten Forderungen spiegelten zentrale Anliegen junger Menschen wider und waren bewusst konkret formuliert, um ihre praktische Umsetzung durch politische Akteur*innen zu ermöglichen. Ziel war es, nicht nur visionäre Impulse zu setzen, sondern konkrete, anschlussfähige Handlungsoptionen zu entwickeln.

Inhaltlich lassen sich die Forderungen in zwei übergreifende Kategorien einordnen: Thematische Jahrgangsforderungen: Diese betreffen spezifische Themenbereiche, die im jeweiligen Jahrgang im Mittelpunkt standen. Sie spiegeln aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wider und bieten differenzierte, oft bereichsspezifische Vorschläge für politische und gesellschaftliche Akteure.

Übergreifende, jahrgangsunabhängige Forderungen: Diese thematisieren strukturelle und längerfristige Anliegen, die sich durch mehrere Jahrgänge hindurch-

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ziehen. Dazu gehören zum Beispiel Forderungen nach mehr Chancengleichheit, einer inklusiven politischen Beteiligungskultur oder einem verantwortungsvollen Umgang mit technologischen Entwicklungen wie Künstlicher Intelligenz. Solche Forderungen markieren grundlegende Gerechtigkeits- und Gestaltungsprinzipien, die von den Teilnehmenden als dauerhaft relevant betrachtet werden.

Durch diese zweigleisige Struktur gelang es dem CGF, kurzfristige politische Anschlussfähigkeit mit langfristiger Perspektive zu verbinden. Die Forderungen wurden dabei im Rahmen dialogischer Aushandlungsprozesse erarbeitet, unter Einbezug persönlicher Erfahrungen, fachlicher Impulse und kollektiver Reflexion.

4.2 Jahrgang 2023: Soziale und nachhaltige Digitalisierung, Bildung in der Digitalisierung

Die Themenschwerpunkte des CGF 2023 griffen zentrale Herausforderungen der digitalen Gesellschaft auf. Die Teilnehmenden formulierten konkrete Forderungen in den Bereichen soziale Nachhaltigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Bildung und digitale Kompetenzen.

Im Bereich *sozialer Nachhaltigkeit* forderten sie, dass Plattformen mehr Verantwortung für die psychische Gesundheit ihrer Nutzer*innen übernehmen, etwa durch verbesserte Moderation, wirksame Maßnahmen gegen Hassrede und digitale Gewalt sowie inklusive und chancengerechte Zugänge zu digitalen Räumen. Zudem verlangten sie, dass algorithmische Systeme verantwortungsbewusster und transparenter gestaltet werden.

Die Diskussionen zur *ökologischen Nachhaltigkeit* konzentrierten sich auf den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft, um schonender mit Ressourcen umzugehen, nachhaltige und freie Softwareentwicklung, die den Energieverbrauch von Software minimiert und Bildung zu ökologischer Nachhaltigkeit.

Im *Bildungsbereich* forderten die Teilnehmenden eine stärkere Vermittlung digitaler Kompetenzen, die über rein technische Fertigkeiten hinausgeht und eine kritische Reflexion gesellschaftlicher Auswirkungen digitaler Technologien miteinschließt. Zudem setzten sie sich für mehr Freiräume für Lehrkräfte ein, um innovative und kritische Bildungsansätze zu fördern.

4.3 Jahrgang 2024: Zukunftskompetenzen

Im Jahrgang 2024 erarbeiteten die Teilnehmenden des CGF praxisnahe Positionen dazu, welche Kompetenzen für eine demokratische, nachhaltige und digital geprägte Gesellschaft notwendig sind. Dabei forderten sie konkret, Future Skills umfassender und verbindlicher im Bildungssystem zu verankern. Neben technologischen Kompetenzen müssten insbesondere soziale, kreative und politische Fähigkeiten gestärkt werden, um gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit und demokratische Teilhabe sicherzustellen.

Die Teilnehmenden kritisierten bestehende *Bildungsstrukturen* als unzureichend und forderten daher eine stärkere Öffnung des Bildungssystems: Dies beinhaltete

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die frühkindliche Bildung, branchenunabhängige Angebote zum Erwerb digitaler Kompetenzen und einen leichteren Zugang zu zentralen Anlaufstellen für Weiterbildung. Im Themenbereich *Chancengerechtigkeit* setzten sich die Teilnehmenden für digitale Kompetenzen für alle Altersgruppen, gegen strukturelle Diskriminierung und für einen langfristigen, nachhaltigen Blick bei politischen Entscheidungsprozessen ein. Ein besonderer Schwerpunkt lag außerdem auf dem Umgang mit *Künstlicher Intelligenz*. Hier setzten sich die Teilnehmenden gezielt für Maßnahmen gegen Desinformation sowie einen verantwortungsvollen und transparenten Einsatz von KI-Systemen ein. Insgesamt verdeutlichte das CGF 2024, dass Zukunftskompetenzen weit über reine Technologiefähigkeiten hinausgehen und essenziell für eine demokratische und widerstandsfähige Gesellschaft sind.[2]

4.4 Jahrgangsübergreifende Forderungen

In den Jahrgängen 2023 und 2024 entwickelten sich Forderungen, die über den jeweiligen Veranstaltungszeitraum hinaus Bestand haben. Ein zentraler Punkt ist die strukturelle Verankerung der Partizipation junger Menschen in politische Entscheidungsprozesse. Beide Jahrgänge forderten, dass Formate wie das CGF nicht als einmalige Initiativen betrachtet, sondern langfristig in politische Strukturen integriert werden. Dazu gehören feste Partizipationsformate auf Bundesebene, verbindliche Mechanismen zur Einbindung junger Perspektiven und eine nachhaltige Finanzierung. Politische Partizipation kann nur dann echte Wirkung entfalten, wenn sie unabhängig von kurzfristigen Fördermitteln ist.

Darüber hinaus sprachen sich beide Jahrgänge für die stärkere Verankerung von politischer Teilhabe und Zukunftskompetenzen in Bildung aus. Sie forderten eine umfassende Reform der Bildungsstrukturen, in der digitale, soziale und politische Kompetenzen zusammengedacht werden. Beispielsweise forderten die Teilnehmenden die Unterstützung von Arbeitgebern dabei digitale Kompetenzen zu fördern und Mitarbeitenden Schulungen zur Verbesserung der digitalen Kompetenz anzubieten. Ebenso forderten sie moderne und innovative Lehrmethoden, wie beispielsweise Challenge Based Learning, stärker in den Unterricht an Schulen zu integrieren. Zudem plädierten sie für nachhaltige digitale Infrastrukturen mit klaren ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitskriterien. Dazu zählen eine faire Plattformökonomie, die Förderung von Open-Source-Technologien und eine Digitalpolitik, die soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit berücksichtigt.

Die jahrgangsübergreifenden Forderungen zeigen, dass das CGF über aktuelle politische Debatten hinaus langfristige Impulse für eine Digitalpolitik im Interesse junger Menschen setzt. Die Herausforderung der kommenden Jahre wird sein, diese Forderungen weiter zu institutionalisieren und dauerhafte Strukturen zu schaffen, um die Partizipation junger Menschen fest in politische Prozesse zu

2 Alle Forderungen der Jahrgänge 2023 und 2024 sind online zu finden (vgl. Common Grounds Forum 2025).

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

verankern. Eine vollständige Übersicht der Forderungen ist auf der Website des CGF (vgl. Common Ground Forum 2025) verfügbar.

4.5 Vermittlungsformat: Zukunftsplädoyers

Ein zentrales Element der Präsenz des CGF auf dem Digitalgipfel waren die Zukunftsplädoyers, die auf den Hauptbühnen von jeweils zwei CGF-Teilnehmenden gehalten wurden. In den rund zehnminütigen Beiträgen ging es darum, eine persönliche Verbindung junger Menschen zu den Themen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Zukunftskompetenzen herzustellen. Gleichzeitig boten sie Raum für selbst gewählte Forderungen und dienten als inhaltlicher Einstieg in die anschließenden Podiumsdiskussionen sowie die dort behandelten Herausforderungen.

Dafür griffen die Redner*innen auf eigene Erfahrungen zurück, präsentierten relevante Statistiken, brachten die Positionen des CGF ein und bezogen das Publikum aktiv durch Fragen mit ein.Um die Redebeiträge bestmöglich auszuarbeiten und um die Teilnehmenden zu unterstützen, im Gespräch mit Berufspolitiker*innen rhetorisch selbstbewusst agieren zu können, wurden die Teilnehmenden intensiv von zwei Expert*innen für Redaktion und Rhetorik aus dem Bereich der Gesellschaft für Informatik begleitet. Diese Unterstützung half dabei, Ideen zu strukturieren, sprachlich auszuformulieren und sich gezielt auf den öffentlichen Auftritt vorzubereiten.

Die Zukunftsplädoyers ermöglichten es jungen Menschen, direkt auf dem Digitalgipfel Gehör zu finden. Besonders hervorzuheben ist die umfassende Begleitung durch die GI, die als Veranstalterin des Partizipationsprojekts für junge Menschen eine wertvolle Unterstützung bot. Gerade für junge Menschen, die wenig Erfahrung mit öffentlichen Reden haben, stellt diese Förderung eine entscheidende Hilfestellung dar. Sie stärkt nicht nur ihre rhetorischen Fähigkeiten, sondern ermutigt sie auch, sich aktiv zu gesellschaftlich relevanten Themen zu äußern, unabhängig von ihrem persönlichen Hintergrund.[3]

5. Wirkung des Common Ground Forum: Sichtbarkeit, Einfluss und Vernetzung

5.1 Öffentliche Wahrnehmung und politische Sichtbarkeit

Die Wirkung des CGF ging über die erarbeiteten Forderungen hinaus und wurde maßgeblich durch die öffentliche Wahrnehmung geprägt. Eine starke Sichtbarkeit war entscheidend, um politische und gesellschaftliche Akteur*innen auf die Anliegen junger Menschen aufmerksam zu machen und die Partizipation junger Menschen in der Digitalpolitik als relevantes Thema zu positionieren. Durch gezielte

3 Die vollständigen Zukunftsplädoyers sind online über den YouTube-Kanal des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz abrufbar (vgl. Digital-Gipfel 2023 – Livestream Tag 2/Digital-Gipfel 2024 – Livestream Hauptbühne Raum Horizont Tag 1).

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Außenkommunikation konnte das CGF nicht nur als Partizipationsformat, sondern als eigenständige Stimme im politischen Diskurs etabliert werden. Neben direkter Präsenz auf dem Digitalgipfel wurden verschiedene Kanäle genutzt, um die erarbeiteten Positionen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen; darunter klassische Medienauftritte, Fachpublikationen, Podcasts sowie eine aktive Social-Media-Strategie auf Plattformen wie LinkedIn und Twitter.

5.2 Auftritte und Digitale Präsenz

Der digitale Auftritt des CGF spielte eine entscheidende Rolle, um die erarbeiteten Positionen über den Veranstaltungszeitraum hinaus sichtbar zu machen. Die Webseite diente als zentrale Plattform zur Dokumentation, während LinkedIn gezielt für politische und fachliche Netzwerke genutzt wurde. Durch Posts und interaktive Inhalte konnten die Teilnehmenden ihre Anliegen direkt an relevante Entscheidungsträger*innen und das Fachpublikum kommunizieren. Diese Kombination aus statischer Informationsplattform und dynamischem Netzwerk stärkte die dauerhafte Präsenz des CGF im digitalen Raum.

5.3 Erweiterung der Reichweite durch andere Formate

Über den Digitalgipfel hinaus suchten die Teilnehmenden gezielt weitere Formate, um ihre Positionen langfristig in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Mitglieder des CGF präsentierten ihre Forderungen unter anderem auf der *re:publica* 2024, der Konferenz des *Forum Bildung Digitalisierung* (2024), der *Berlin Science Week* (2024), dem *Digital Ethics Summi*t (2024) und Veranstaltungen der *Open Search Foundation* sowie weiteren Fachkonferenzen zur Digital- und Bildungspolitik. Zusätzlich engagierten sich viele Teilnehmende eigenständig weiter, gaben Interviews in Podcasts wie dem *Tech & Trara* Format der Netzpiloten[4], begleiteten die Bundestagswahl auf Social Media durch Wahlcheck-Posts und verfassten Fachartikel wie etwa Arlinghaus et al. (2024) und Arlinghaus/Auer (2024).

5.4 Nachhaltige Vernetzung und individuelle Wirkung

Die individuelle Vernetzung der Teilnehmenden mit politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger*innen spielte eine wichtige Rolle für die langfristige Wirkung des CGF. Viele Mitglieder knüpften durch ihre Teilnahme wertvolle Kontakte zu Politiker*innen, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft. Dadurch blieb das CGF über das Veranstaltungsformat hinaus in politischen Debatten präsent. Diese eigenständigen Initiativen zeigen, dass das CGF nicht nur ein einmaliges Partizipationsformat war, sondern als Plattform für nachhaltige Beteiligung junger Menschen in der Digitalpolitik bestehen kann.

4 Die vier Folgen mit Partizipation des Common Ground Forum sind online auf der Website der Netzpiloten zu finden (vgl. Reisman 2025).

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

6. Erfolgsfaktoren und Fazit

6.1 Lessons Learned

Die Erfahrungen des CGF verdeutlichen, dass erfolgreiche Partizipation junger Menschen, hier am Beispiel der Digitalpolitik gezeigt, weit mehr erfordert als symbolische Einbindung: sie muss echte Mitgestaltung ermöglichen. Damit ein Partizipationsformat über reine Konsultation hinausgeht, müssen strukturelle, inhaltliche und organisatorische Voraussetzungen erfüllt sein.

6.2 Transparenz als Grundlage wirksamer Partizipation

Ein zentraler Erfolgsfaktor ist die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen. Junge Menschen müssen verstehen, wo sie konkret Einfluss nehmen können und welche Wirkung ihr Engagement entfaltet. Unklare Zuständigkeiten oder intransparente Abläufe demotivieren und lassen Partizipationsformate wirkungslos werden. Das CGF hat darauf reagiert, indem es klare Kommunikationswege etabliert und Teilnehmende frühzeitig in die Struktur des Forums eingebunden hat. Zudem wurden den Teilnehmenden während des Prozesses die Strukturen und Arbeitsweisen der Ministerien erklärt.

6.3 Anerkennung und Sichtbarkeit von Engagement

Langfristige Partizipation gelingt nur, wenn Engagement wertgeschätzt und sichtbar gemacht wird. Zeit und Einsatz der Teilnehmenden müssen ernst genommen werden, sowohl durch direkte Rückkopplung mit politischen Entscheidungsträger*innen als auch durch öffentliche Präsentationen und mediale Begleitung. Beim CGF wurde dies umgesetzt, indem Forderungen gezielt an relevante Akteur*innen herangetragen und die Teilnehmenden aktiv in den politischen Diskurs eingebunden wurden.

6.4 Flexibilität und thematische Anpassungsfähigkeit

Partizipationsformate müssen sich an dynamische gesellschaftliche Entwicklungen anpassen. Neue Themen gewinnen an Relevanz, Debatten verschieben sich und die Interessen der Teilnehmenden entwickeln sich weiter. Das CGF hat diesen Wandel berücksichtigt, indem es jährlich neu ausgerichtet wurde und die Teilnehmenden selbst über inhaltliche Schwerpunkte entschieden.

6.5 Institutionelle Anbindung für nachhaltige Wirkung

Partizipationsformate ohne direkte Anbindung an politische oder gesellschaftliche Entscheidungsebenen laufen Gefahr, isoliert zu bleiben. Das CGF hat frühzeitig strategische Partnerschaften mit Ministerien, politischen Plattformen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgebaut, um sicherzustellen, dass die erarbeite-

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten Positionen nicht nur diskutiert, sondern tatsächlich in politische Prozesse eingespeist werden.

7. Fazit

Das Common Ground Forum zeigt, dass junge Menschen unter geeigneten Bedingungen aktiv an politischen Prozessen teilhaben können, wenn sie frühzeitig einbezogen werden, kontinuierlich begleitet sind und ihre Ergebnisse politische Sichtbarkeit erhalten. Zugleich macht die Fallstudie deutlich, dass Beteiligung nicht automatisch legitimierend wirkt. Besonders die Frage der Repräsentativität bleibt kritisch, da häufig vor allem diejenigen partizipieren, die bereits über Zeit, Ressourcen und Bildung verfügen. Ohne institutionelle Anbindung droht der Verlust von Wirksamkeit und Vertrauen. Die Zukunft des CGF hängt daher davon ab, wie gut es gelingt, demokratische Ideale wie Inklusion und Transparenz mit den praktischen Anforderungen politischer Entscheidungsprozesse zu verbinden. Partizipation ist kein Selbstzweck. Sie muss kontinuierlich reflektiert, weiterentwickelt und in breitere gesellschaftliche Kontexte eingebettet werden.

Literaturverzeichnis

Arlinghaus, C. S./Auer, D. (2024): Common Ground Forum – Wie die digitalen Herzensthemen junger Menschen an die Politik getragen werden, in: Frauen machen Informatik, H. 48, 37–40. Link: file:///C:/Users/paula/Downloads/Arlinghaus_Auer_2024_CGF.pdf (zuletzt abgerufen am 18.05.2025).

Arlinghaus, C. S./Damm, B./Heuer, K./Elbracht, S./Förster, F./Sabrautzky, L./Scharisch, J. (2024): Common Ground Forum – junge Menschen bekommen eine Stimme in der Digitalpolitik, in: Informatik Spektrum, Jg. 47/H. 6, 123–125. Link: https://doi.org/10.1007/s00287-024-01586-8 (zuletzt abgerufen am 06.05.2025).

Bertelsmann Stiftung/Allianz Vielfältige Demokratie (Hrsg.) (2017): Wegweiser breite Bürgerbeteiligung. Argumente, Methoden, Praxisbeispiele, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) (2023): Digital-Gipfel 2023 – Livestream Tag 2 [Video]. Link: https://www.youtube.com/live/8UUnXNhv6aM?si=u7iD2dtF-ldFyfZr (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) (2025): Digital-Gipfel. Bundesregierung. Link: https://www.de.digital/DIGITAL/Navigation/DE/Digital-Gipfel/digital-gipfel.html (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).

Busse, S./Schneider, S. H. (2015): Die Evaluation von Bürgerbeteiligung als Politikberatung: Praxis, Herausforderungen und Empfehlungen am Beispiel Bürgerhaushalt, in: Zeitschrift für Politikberatung, Jg. 7/H.1/2, 3–13.

Common Grounds Forum (2025): Common Ground Forum. Link: https://common-grounds-forum.org (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).

EPRS – European Parliamentary Research Service (2023): Youth Participation in European Elections (PE 754.634), Europäisches Parlament. Link: https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI(2023)754634 (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).

Falk, S./Rehfeld, D./Römmele, A./Thunert, M. (2006): Einführung: Politikberatung – Themen, Fragestellungen, Begriffsdimensionen, Konzepte, Akteure, Institutionen und Politikfelder,

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

in: Falk, S./Rehfeld, D./Römmele, A./Thunert, M. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11–19.

Glaab, M. (2016): Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur, Wiesbaden: Springer VS.

Glaab, M. (2013): Politikberatung in der Mediendemokratie. Zum Faktor Öffentlichkeit im Spektrum professioneller und partizipativer Beratungsformen, in: Czeiwick, E. (Hrsg.): Politische Kommunikation in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Festschrift für Ulrich Sarcinelli, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 249–267.

Glaab, M./Metz, A. (2006): Politikberatung und Öffentlichkeit, in: Falk, S./Rehfeld, D./Römmele, A./Thunert, M. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 161–170.

Habermas, J. (1992): Faktizität und Geltung, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Hummel, S./Pfirter, L. (2023): Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien. Link: https://www.maecenata.eu/2023/02/22/gut-beraten zur-rolle-der-zivilgesellschaft-in-sachverstaendigengremien/ (zuletzt abgerufen am 06.05.2025).

Martinsen, R. (2006): Partizipative Politikberatung – der Bürger als Experte, in: Falk, S./Rehfeld, D./Römmele, A./Thunert, M. (Hrsg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 138–151.

Michels, A. (2011): Innovations in Democratic Governance: How Does Citizen Participation Contribute to a Better Democracy?, in: International Review of Administrative Sciences, Vol. 77/No. 2, 275–293. Link: https://doi.org/10.1177/0020852311399851 (zuletzt abgerufen am 06.06.2025).

Nanz, P./Pritsche, M. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Range, J./Faas, T. (2016): Politische Kultur, Bürgerbeteiligung und wissenschaftliche Evaluation, in: Glaab, M. (Hrsg.): Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 111–131.

Reichertz, J. (2024): Kommunikationsmacht. Was ist Kommunikation und was vermag sie? Und weshalb vermag sie das?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Reichertz, J. (2021): Kommunikationsmacht, soziale Macht, Körpermacht, in: Schröer, N./Bidlo, O./Keysers, V./Roslon, M. (Hrsg.): Facetten der Kommunikationsmacht, Weinheim: Juventa, 289–331.*Reisman, S.* (2025): Common Grounds Forum – Eine politische Stimme für junge Menschen. Netzpiloten Magazin. Link: https://www.netzpiloten.de/common-grounds-forum-eine-politische-stimme-fuerjunge-menschen/ (zuletzt abgerufen am 19.05.2025).

Schnetzer, S./Hampel, K./Hurrelmann, K. (2024): Trendstudie »Jugend in Deutschland 2024« Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber, Kempten: Datajockey Verlag.

Tillmann, C./Müller-Eiselt, R./Fischer, S. (2019): Demokratische Teilhabe in einer digitalen Gesellschaft, in: Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 113–125.

https://doi.org/10.5771/9783748949848-331 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -